

„Die Stimme“ Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Abonnementpreis pro Monat 60 Pf.
 Bestellungen richtet man an den
 Verlag: Gewerkschaft der Holzarbeiter
 Deutschlands
 Berlin S.O. 36, Oranienburger Straße 292

Alle Zuschriften für die „Stimme“ an H. Bernholt, Ullm a. D., Poststr. 67, Telefon 442
 Für die des Hauptbüros des Gewerkschaftsvereins bestimmten Postsendungen sind zu adressieren
 Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Oranienburger Straße 292
 Einzelne Bestellungen an H. Bernholt, Ullm a. D., Poststr. 67, Berlin N. O. 55, Oranienburger Straße 292
 Postfachkonto 89 321 beim Postamt Berlin N. W. 7. Telefon Berlin Alexander 4720

Anzeigen die 4-spaltig e Postzeitung
 20 Pfennig
 Nachdruck: 10 Pfennig
 Ortsvereinsanzeigen 10 Pfennig

Unsere Mitgliedern und Freunden übermitteln wir die

herzlichsten Wünsche

zum

Weihnachts-Feste

Gleichzeitig bitten wir auch im kommenden Jahre die Organisation durch eifrige Mitarbeit unterstützen zu wollen.

Der Hauptvorstand.

Weihnachten 1925.

Heiliger Abend ist heute. — Mit jedem Tage war das Gold der Sonne blasser geworden. Schon hatte es den Anschein, als würde sie eines Tages ganz verschwinden. Wir hielten Ausschau und wurden belehrt, daß die Zeit des neuen Lichtes gekommen sei, das der Welt Heil bringt und die Seele vor der gänzlichen Nacht rettet. Laßt uns den Tannenbaum mit Lichtern schmücken, er soll das Symbol des Sieges des Lichtes über die Finsternis und der getreuen Hoffnung künftigen Wils sein.

Weihnachten das Fest der Kinder, der Freude und des Glücks ist wieder herangekommen. Aus vielen Fenstern fällt der Lichtschimmer der Herzen am Weihnachtsbaum, die Kinder singen die bekannten Christlichslieder, dort jubiliert eine Geige, dort eine Klöte hier vernimmt man Trommelswirbel, überall ist Jubel und Freude. Wer vermag das innere Gefühl eines Kinderherzens zu beschreiben?

Aber leider, so viele Familien werden es durch die Krise, in der wir uns befinden und die damit verbundene große Arbeitslosigkeit ihrer Ernährer, bitter empfinden, ihren Kindern und sich selbst, die ihnen Freude des Weihnachtsfestes nicht bereiten zu können. Dazu tritt noch die schwebende, teils künstlich auf Selbst- und Gewinnjagd beruhende Lebensmittelverteuerung, die steigenden Wohnungsraten, die dem Familienwater schwere Sorgen bereiten.

Die frohe Botschaft, die allumfassende Liebe, für die Mühen und Beladenen, die Armen und Bedrückten, die der liebsten Welt verheißene wurde, erfährt eine mystische Bedeutung. Ihre Verwirklichung hängt von bestimmten politischen Kreisen, die bisher die Regierungsgewalt ausübten, ab. Das Schicksal des deutschen Volkes lag ihnen weniger am Herzen, als ihre eigenen Interessen. Die Zoll- und Steuergesetze der letzten Zeit lassen das deutlich erkennen. Unbeschadet der Not, wo von Tag zu Tag die Arbeitslosenziffer wächst, man tabel, einzelnen reichen Fürsten, die schon ein lattes Dasein haben, ungezählte Millionen und Grundbesitz aus dem Volksbesitz nehmen. Keine Macht haben, die nicht verstehen wollen, daß sich das Volk in seinen unteren Schichten bewegt, bedrückt und geknechtet hat, die es nicht begreifen können, daß auch die unteren Volksschichten ein Anrecht auf die kulturellen Erzeugnisse der Zeit erheben. Die verfehlte Wirtschaftspolitik der Reichsregierung eine unsoziale Gesetzgebung hat die Wirtschaftslage bedenklich geändert. Weihnachten das Fest der Liebe und des Friedens paßt nicht in die freudlose Zeit. Noch immer befinden wir uns im Zustand des latenten Wirtschaftskrieges, des Krieges aller gegen alle, und wo eine Besserung unserer Handelsbeziehungen möglich gewesen wäre, waren es die nie zufriedenen agrarischen Wirtschaftspruppen,

die die schwache Regierung zum Rückzuge zwingen. Ferner die notwendige wirtschaftliche Vorrichtung der aus der Inflationszeit noch bestehenden aufgeblassenen Industrien, denen jetzt Kredit und Absatz fehlt. Dieser Gesundungsprozeß hinterläßt jedoch als Folge, daß Tausende von Arbeitern und Angestellten erwerbslos werden. So dann die kapitalistischen Vereinigungen der Industrie und des Handels, die Wirtschaftszerstörer, die ihre unheilvolle Preispolitik unter den Augen der Regierung fortsetzen konnten. Die deutsche Wirtschaft ist vollständig von diesen Kartellburgen unterminiert. Das arme deutsche Volk, das in der Inflation seine dürftigen Ersparnisse verloren hat, das gegen geringen Lohn und vermehrter Arbeitszeit in Not und Elend dahinglebt, wird von den Großkapitalisten, die durch Spekulationen aller Art während der Inflation und der Kriegszeit sehr gut verdient haben, regelrecht ausgebeutet. Die Regierungsmaßnahmen gegen dieses Treiben sind nur schwach. Wie will sie auch ernsthaft dagegen vorgehen, ist sie doch bei Einführung der Zollgesetze behilflich gewesen, eine weitere Lebensmittelverteuerung herbeizuführen. Es besteht die Tatsache, daß sich wohlhabende Kreise auf Kosten der ärmeren Volksschichten, die in Enttäugung leben, bereichern und aus dem Elend ihrer Mitmenschen klingende Münze schlagen. Wo bleiben da die Grundsätze von Recht und Moral? Damit sind die Ursachen der jetzigen Krise durchaus nicht erschöpft. Der Steuerfiskus hat den Fuß auf die deutsche Volkswirtschaft gesetzt. Die Finanzverwaltung pumpt aus der schwerkranken Wirtschaft viel höhere Steuern heraus, als sie in den Voranschlägen vorgesehen waren. Bei der Beratung über die Beamtengehälter im Haushaltsauschuß des Reichstages, erklärte der Regierungsvertreter, daß der gesamte Befoldungsaufwand an Grundgehältern, Wohnungszuschüssen, Frauenausschlag, Kinderzuschlag, örtlichen Sonderzuschlägen, für das Reich einschließlich Reichspost und Reichsbahn, Ländern und Gemeinden nach dem heutigen Stand rund 8,4 Milliarden Mark pro Jahr betragen.

Die ungünstigen wirtschaftlichen Machtverhältnisse haben die Arbeitgeberverbände mutig gemacht. Je nach ihrer reaktionären oder kapitalistischen Einstellung üben sie ihre Macht aus. Ach, wie viel wichtigere Aufgaben hätte die Arbeiterschaft, als ihre Kraft in politischen Streitfragen zu verzetteln. Sie bietet heute das traurige Bild unheilbarer Zerrissenheit und Ohnmacht. Es liegt nahe, zu sagen, daß die plammäßige Zerstörungsarbeit nicht besser gemacht werden konnte, als wenn sie von der Großindustrie bezahlt worden wäre. Phantasien haben der Arbeiterschaft noch nie geholfen, dem Unternehmertum sind sie willkommen. Nichts ist leichter, sich eine Weltordnung auszudenken, in der alles besser sein soll. Je weiter sie sich von der Wirklichkeit entfernt, desto schöner leuchten die Wolken. Die Gewerkschaften mit ihrer bis auf den heutigen Tag befolgten Neutralität sind sich bewusst, daß die Kraft der Arbeiterschaft nicht in unerfüllbaren Gebankengängen vergeudet, sondern nur in Wirklichkeitsbestrebungen Verwendung finden darf. Das sind ihre Grundsätze, das ist Demokratie. Jetzt brauchen wir schlagfertige, kapitalkräftige Organisationen, um für die großen sozialen Kämpfe, die in Zukunft auszufechten sind, gerüstet zu sein.

Weihnachten ist das Fest der Liebe! Auch in der großen Familie Gewerkschaft haben wir von jeder durch Weihnachtsbescherungen in den Ortsvereinen versucht, den Weihnachtsgedanken in die Tat umzusetzen. In diesem Jahre wird durch die große Arbeitslosigkeit in manchen Familien der Weihnachtsgedanke einen bitteren Beigeschmack haben. Es wird nicht möglich sein, gedankenlos am Weihnachtstage über diese schwierige Zeit hinwegzukommen, aber trotz aller Bitterkeit, die diese Situation in manchen Herzen auslöst, wollen wir alle miteinander versuchen, dort helfend einzugreifen, wo die Not am größten ist. Der Organisationsgedanke muß uns auch in der Weihnachtsstimmung heilig sein. Nur durch die Organisation ist es möglich, die Leiden, die uns die Krisenzeit schlingt, zu heilen. Deshalb werben wir für die Idee des Gewerkschaftsvereins und wirken aufklärend auf die Abseitsstehenden. Je stärker wir sind, desto größer wird der Erfolg sein. Im Gefühl des Gemeinschaftsgeistes, der uns befehlt und verbindet, wünschen wir allen Kollegen und deren Familien

frohe und gesunde Weihnachten.

Heimstätte und Massenmiethaus.

Die Wohnungsfrage hat sich allmählich zur Kardinalfrage unseres Volkes ausgewachsen. In welcher Weise es gelingen wird, sie zu lösen, wird ausschlaggebend sein für unsere fernere Zukunft. Zur Zeit haben wir in allen Orten, selbst auf dem flachen Lande, eine Ueberfüllung der Wohnungen und einen Wohnungsmangel, die bereits zu den allerichwersten Mißständen geführt haben. Bei der Behebung dieser katastrophalen Wohnungsnot spielt die Frage, ob in dem früher üblichen Hochbau oder im modernen Flachbau gebaut werden soll, eine große Rolle. Während in den letzten Jahren diese Frage allenthalben zugunsten des Flachbaus und der Heimstättenbildung entschieden worden ist, werden neuerdings wieder Stimmen laut, die den Heimstättengedanken direkt bekämpfen und dem Massenmiethaus das Wort reden. In der Regel geschieht es jedoch nur aus mangelnder Sachkenntnis und mangelnder Kenntnis der volkswirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge zwischen Volkswohlfahrt und Wohnungsweise im besonderen.

Deshalb sei an dieser Stelle der Segen der Heimstätte gegenüber dem Massenmiethaus eingehend beleuchtet:

Der Begriff Heimstätte umfaßt bekanntlich nicht nur eine ausreichende gesunde und behagliche Wohnung im Einfamilien- oder kleinen Mehrfamilienhaus in ruhiger Wohngegend eines Ortes, sondern auch ein für die Bedürfnisse der Familie genügendes Stück Gartenland, das zur Wohnung gehört und neben ihr liegt, während unter Massenmiethaus oder Mietkaserne ein Hochbau mit Anhäufung von vielen Familien unter einem Dach ohne dazugehöriges Gartenland verstanden wird. Die Heimstätte ist mehr als nur eine Wohnung, bestehend aus vier Wänden und einem Dach darüber, die den Menschen gegen Regen und andere Witterungsunbilden schützt, sie ist ein Heim, eine Stätte, wo er sich nach des Tages Last und Mühe als Mensch fühlen und sich mit seiner Familie frei entfalten kann, geschützt gegen Widersacher und Umstände, die ihm seine „Bleibe“ gefährden können, fern vom Lärm der Straße, inmitten der Natur. Das Massenmiethaus macht den Menschen zeit seines Lebens zu einem wurzellosen Nomaden, dem nicht einmal die Tapeten seiner Wohnung gehören. Die Heimstätte schafft feste Menschen, die mit dem Wort Vaterland wieder einen Begriff verbinden, nämlich ein freundliches, ruhiges Häuschen im Grünen, wo sie zurückzukehren wieder „frei“, wieder „selbst“ sein dürfen. Die Heimstätte ist eine höhere Form des Wohnens als das Massenmiethaus.

Die Heimstätte bietet zunächst gesundheitliche Vorzüge. Licht, Luft und Sonne haben ungehinderten Zutritt. Die Gartenarbeit, an der sich Mann, Frau und Kinder beteiligen können, wirkt leib- und seelestärkend. Heimstätten sind Heilstätten. In Massenmietwohnungen dagegen finden Krankheiten und Epidemien einen besonders fruchtbaren Boden. Die Durchlüftung, einer der wichtigsten Faktoren der Gesundheitspflege, ist in den Massenmiethäusern in der Regel höchst mangelhaft. Verdorbene Luft bedeutet aber ebensoviel wie verdorbene Nahrung.

Die Zusammenpferdung von Menschen in Mietkasernen bringt ferner eine fortwährende Unruhe im Hause mit sich. Man hört sich gegenseitig durch alle möglichen Geräusche. Von Ruhe und Frieden kann in einem Massenmiethaus keine Rede sein. Die Menschen in ihm werden allmählich nervös.

An Tuberkulose, der echten Mietkasernekrankheit, starben 1922 von 10 000 Einwohnern in Berlin, wo 70—80 Bewohner durchschnittlich auf ein Haus kommen, 18, in London, wo etwa 5—7 Personen auf ein Haus kommen, nur 12, von Säuglingen starben im gleichen Jahre auf 100 Lebendgeborene in Berlin 16, in London 7, Deutschland, das typische Land des Massenmiethauses, hat die höchste Säuglingssterblichkeit in Europa; im Jahre 1913 starben von 10 000 Lebendgeborenen im 1. Jahre in Deutschland 151, in Italien 128, in Frankreich 104, in England 95. Im Jahre 1923 trafen auf 10 000 Einwohner in Berlin 9, in London 22,3 Lebendgeborene.

Diese Zahlen lassen klar erkennen, in welchem engen Zusammenhang auch die ganze Bevölkerungspolitik mit der Frage Flachbau Heimstätte oder Massenmiethaus steht. In der Heimstätte gedeihen Kinder. Jedes neugeborene Kind ist dem Heimstättenbewohner willkommen: es hört keinen Hauswirt und keinen Flurnachbar und findet auch immer noch Platz, denn man wohnt im Heimstättenhäuschen mit seinem vielen Nebengeläch nicht so beengt wie in der Mietkaserne. Garten und Geflügelhof oder Schweine und Ziege im Stall liefern für die Familie zudem fast alles, was sie an pflanzlichen und tierischen Nahrungsmitteln braucht: ein Ei mehr kann darum immer noch mit ernährt werden. Und muß er in wenigen Jahren doch bald mit heran zur Arbeit in Haus und Hof!

Der junge Erdenbürger wächst in der Heimstätte aber nicht nur unter den denkbar günstigsten Bedingungen heran, er sieht, hört, lernt auch viel mehr und erhält einen viel größeren Anschauungskreis als sein Klassenkamerad aus der Mietkaserne. Unter der Aufsicht und Anweisung der mütterlichen Eltern lernt er anschaulich die Zusammenhänge von Saat und Ernte, Witterung und Bodenbearbeitung, lernt eine Menge von Pflanzen, ihren Werdegang, ihre Bedeutung für das wirtschaftliche Leben kennen, lernt frühzeitig die Arbeitsschritte kennen und sich in ihrer Handhabung üben, erhält Einblick auch in die Lebenswelt der Klein- und Haustiere. Die Lebensausbildung des Heimstättenkindes ist unendlich vielseitiger

Ganz anders das Kind im gartenlosen Massenmiethaus. Sein Spiel- und Tummelplatz ist die Straße, der Flur der (häufig gepflasterte oder zementierte) Hof, wo man Dedes Klopft oder Müll ausgeschüttet wird. Es hört und sieht da im Menschengewimmel so manches was nicht für seine Ohren und Augen berechnet ist, unter der zusammengewürfelten Person des Massenmiethauses verbirgt manches böse Beispiel gute Sitten.

Wie außerordentlich wichtig es aber gerade für unser deutsches Volk ist, Menschenkultur zu pflegen und für unseren Nachwuchs die denkbar besten Aufwuchsmöglichkeiten zu schaffen, lehrt der erschreckende Geburtenrückgang.

Es kamen in Deutschland auf je 1000 Einwohner:

1874	41,8	Kinder	1920	26,7	Kinder
1884	38,7	Kinder	1921	23,1	Kinder
1894	37,1	Kinder	1922	23,7	Kinder
1904	35,2	Kinder	1923	21,7	Kinder
1914	27,6	Kinder			

In diesen vier bis fünf Jahrzehnten hat auch die Mietkaserne ihres Siegeszug gehalten und ist das Massenmiethaus das typische deutsche Wohnhaus geworden. Die höhere Wohnungsform der Heimstätte ist eines der wichtigsten Mittel, den drohenden Niedergang unseres Volkes aufzuhalten. Heimstätten schaffen ist mithin eine der dringendsten Pflichten nationaler Selbstschöpfung.

Gleichwohl und trotz alledem gibt es Menschen, welche die höhere Wohnungsform der Heimstätte bekämpfen.

Es wird behauptet, daß durch die weite Bauweise der Heimstättenanlagen zu viel Land der landwirtschaftlichen Bedienung entzogen und damit die Menge der Nahrungsmittel verringert würde. Mein Einwand ist leichter zu widerlegen. Zunächst kann beachtet werden, daß in Mietkasernenvierteln erhebliche Flächen für öffentliche Grünanlagen vorgesehen werden müssen, die in Heimstättenvierteln wegfällen. Was also hier auf die einzelnen Bewohner verteilt ist, und volkswirtschaftlich reichen Segen bringt, ist dort nur in unproduktiven öffentlichen Flächen zusammengelegt. Sehen wir aber weiter: die Fläche des jetzigen Deutschen Reiches beträgt 472 000 Quadratkilometer, die Einwohnerzahl 62 Millionen. Rechnet man, daß bei der Heimstättenbauweise im Durchschnitt auf jeder Person 100 Quadratmeter Fläche (Garten, Haus und Wege) entfallen, so würden, wenn man jeden Einwohner des Deutschen Reiches 100 Quadratmeter Heimstättenfläche zu teilen würde — was hierbei nur zur Veranschaulichung gewählt wird —, so würde hierfür nur eine Fläche von 6200 Millionen Quadratmeter oder von 6200 Quadratkilometer benötigt, das sind erst 1,3 Prozent der Gesamtfläche des Deutschen Reiches. Also wir können unendlich viel Heimstätten bauen, eine Gefährdung der Nahrungsmittelfläche ist immer noch völlig ausgeschlossen.

Bei einer Fläche von ungefähr 300 Quadratmeter einschließlich Hausfläche und Weganteile, die bei richtiger Ausnutzung und Fruchtfolge einer vierköpfigen Familie den gesamten Gemüsebedarf für ein Jahr liefern können etwa 10 Zentner Gemüse und Beerenobst geerntet werden; auf den preußischen Morgen zu 2552 Quadratmeter gerechnet, ergibt das etwa 80 Zentner Nahrungsmittel. An Kartoffeln rechnet man im landwirtschaftlichen Betrieb etwa 80 Ztr. bei einer guten Mittelernte auf den Morgen, an Roggen 10 Ztr. Man kann also schon vorsichtig sagen, daß bei der Heimstätten-Gartenwirtschaft ungefähr ebensoviel Nahrungsmittel an Gemüse und Obst wie Kartoffeln im landwirtschaftlichen Großbetrieb und ein Vielfaches gegenüber dem Getreidebau erzielt wird. Das finanzielle Ergebnis ist beim Heimstättenbetrieb beträchtlich größer als bei landwirtschaftlich genutzter Fläche. 80 Zentner Gemüse erbringen etwa 300 Mark, 80 Zentner Kartoffeln kaum 300 Mark. 10 Zentner Roggen etwa 70 Mark.

Nun tritt aber beim Heimstättenbetrieb noch die Kleintierzucht als Produktionszweig menschlicher Nahrungsmittel hinzu, das ungezählte Geflügel und die Eier, die Gewinnung von Fleisch durch Kaninchen- und Schweinezucht, die Milch- und Fleischgewinnung bei der Ziegenwirtschaft. Die Fleisch-, Eier- und Milchproduktion auf einer Fläche, die bislang nur landwirtschaftlich genutzt wurde, stellt ein ganz außerordentliches Plus bei der Heimstättenwirtschaft gegenüber der bloßen landwirtschaftlichen Nutzung dar.

Ja, aber die weitausgedehnte Lage, die die Stadt durch den Flachbau mit Gartenanteilen für jede Familie erhält, die unverhältnismäßig großen Kosten, die dann für den Bau von Straßen notwendig sind!

Es soll zugegeben werden, daß die Straßenfront natürlich länger sein muß, wenn man 100 Einfamilienhäuser alleinstehend oder in Reihen baut, als wenn man 100 Familien in hohen Massenmiethäusern zusammenpfercht. Auch sämtliche Leitungsröhren müssen natürlich länger sein, aber daß damit die Straßenherstellungskosten an sich teurer sind, ist dadurch noch nicht bewiesen. In Heimstättenvierteln können die Straßen auf die allereinfachste Weise hergestellt werden, es genügt Chaussierung oder Schladenschüttung mit einfachen Bordsteinen und vor allen Dingen eine weit geringere Breite. In Mietkasernenvierteln hingegen müssen die Straßen nach den üblichen Baupolizeivorschriften mindestens so breit sein, wie die Häuser an ihnen hoch sind, die Straßen sind also wesentlich breiter als in den Heimstättenvierteln, mühen wegen des viel größeren Verkehrs ganz anders ausgebaut, entweder dauerhaft ge-

pflastert oder asphaltiert werden, und auf diese Weise gleicht sich durch Breite und stärkere Befestigung der Straße aus, was bei der Heimstättenbauweise an Straßenlänge sich teurer gestaltet.

Nun aber der Hausbau selbst. In die Augen fallend ist zunächst, daß das Kleinhaus schneller fertig wird als das Hochhaus. 100 Wohnungen im Flachbau herstellen bedeutet also, die Wohnungen viel eher bezichtbar machen als 100 Wohnungen im Mietskasernenbau, was von besonderer Wichtigkeit in unserer jetzigen Wohnungsnot ist, aber auch einen erheblichen Zinsgewinn ausmacht.

Ob die Herstellung einer Wohnung im Flachbau oder in der Mietskasernen sich billiger stellt, wird sich im allgemeinen nicht leicht sagen lassen, weil die Frage der Qualität der Bauausführung da eine große Rolle spielt. Man kann bei Wohnungen mit gleicher Grundfläche die Herstellungskosten schon recht verschieden gestalten, wenn man z. B. einfacheres Material für Fußböden, Türen und Fenster, Decken, Tapeten und Anstrich wählt. Sicher ist, daß bei der Mietskasernen das Fundament stärker, die Mauern dicker, das Dach und seine Konstruktion schwerer sein müssen. Der Flachbau kann sich auch mit niedrigeren Stuhnhöhen, und schmalerem Treppenhaus behelfen, was eine Verringerung der Kosten für Putz, Anstrich, Tapete bedeutet. Der Hochbau erfordert ferner höhere, stabilere und damit teurere Baugerüste, auch ist der Transport der Baumaterialien in die höheren Stockwerke mit größeren Kosten verknüpft. In Heimstättenvierteln dagegen werden die teuren unterirdischen Regenwasserkanäle gespart. Viele Autoritäten auf dem Gebiete des Bauwesens, z. B. Professor Schmittheimer von der Technischen Hochschule in Stuttgart (neben vielen anderen), weisen auf Grund sehr reicher Erfahrungen als Erbauer vieler Kleinhausniedlungen nach, und zwar an der Hand genauer Kostenanschläge und Abrechnungen, daß die billigste Wohnung im Kleinhaus, nicht im Hochhaus geschaffen wird. Solche Erfahrungen können aber auch überall gemacht werden, wo man vorurteilslos eine Prüfung zwischen beiden Bauweisen vornimmt.

Aber selbst wenn es umgekehrt wäre, wenn der Bau von Mietskasernen unserem Volke billigere und deshalb mehr Wohnungen verschaffte, ist es denn ein Gewinn für uns, wenn wir an Geld sparen, schlechtere Wohnungen in Massen bekommen und unser Volk dann Schaden nimmt an Körper und Seele? Nein, der Weisheit letzter Schluß ist, nicht Geld sparen, sondern Menschenkultur treiben, und darum müssen Heimstätten gebaut werden!

Erwerbslosenfürsorge.

In Nr. 51 der „Eiche“ vom 18. Dezember haben wir auf Seite 4 schon bekannt gegeben, daß die Bezüge für die Hauptunterstützungsberechtigten um 20 Prozent erhöht wurden. In Preußen betragen die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge nach der Neuverteilung auf die Woche umgerechnet ab 14. Dezember:

Im Wirtschaftsgebiet I (Süddeutschland):

in den Orten der Ortsklassen

	A	B	C	D/E
1. für Personen üb. 21 Jahre	8,28	7,74	7,20	6,66
2. für Personen unt. 21 Jahren	4,98	4,68	4,38	4,08
3. für einen Mann nebst Frau	11,16	10,44	9,72	9,—
4. für eine Familie m. 2 Kind.	15,12	14,16	13,20	12,24
Der Höchstbetrag für die Gesamtbezüge beträgt	18,90	17,70	16,50	15,30

Im Wirtschaftsgebiet II (Mitteldeutschland):

in den Orten der Ortsklassen

	A	B	C	D/E
1. für Personen üb. 21 Jahre	9,72	9,12	8,52	7,92
2. für Personen unt. 21 Jahren	5,88	5,52	5,16	4,80
3. für einen Mann nebst Frau	13,02	12,24	11,46	10,68
4. für eine Familie m. 2 Kind.	17,70	16,68	15,66	14,64
Der Höchstbetrag für die Gesamtbezüge beträgt	21,60	20,40	19,20	18,—

Im Wirtschaftsgebiet III (Westdeutschland):

in den Orten der Ortsklassen

	A	B	C	D/E
1. für Personen üb. 21 Jahre	10,44	9,78	9,12	8,46
2. für Personen unt. 21 Jahren	6,30	5,88	5,46	5,04
3. für einen Mann nebst Frau	14,04	13,14	12,24	11,34
4. für eine Familie m. 2 Kind.	19,08	17,94	16,80	15,66
Der Höchstbetrag für die Gesamtbezüge beträgt	24,—	22,50	21,—	19,50

In seiner Sitzung vom 17. Dezember hat der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts Preußen einen Beschluß gefaßt, der wie folgt lautet:

„Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts Preußen hat sich gegen bemerkenswerte Proteste aus weiten Kreisen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und öffentlichen Körperschaften genötigt gesehen, den höchst zulässigen Beitragssatz von 3 Prozent des Grundlohnes der Krankenversicherung als Beitrag für die Erwerbslosenfürsorge zu beschließen, weil nach den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen die Erhebung von 3 Prozent Vorauszahlung für die Gewährung von Reichs- und Staatszuschüssen ist. Der Verwaltungsausschuß ist einstimmig der Auffassung, daß ein Beitrag von 3 Prozent für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine zu hohe Belastung

darstellt, ganz besonders unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Der Verwaltungsausschuß vertritt einstimmig die Auffassung, daß die Last von der Allgemeinheit in größerem Umfange mitgetragen werden muß. Er hält es deshalb als unbedingt erforderlich, daß der höchst zulässige Beitrag als Voraussetzung für die Gewährung von Reichs- und Staatsmitteln auf höchstens 2 Prozent zu begrenzen ist, wie das auch der Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung vorsieht.“

Dieser Beschluß ist von weittragender Bedeutung. Wurden zuerst 1/2 Prozent erhoben und dann um 50 Prozent gesteigert auf 1 Prozent, so müssen für den Monat Dezember 1 1/4 Prozent gezahlt werden. Wenn nach diesem Beschluß des Verwaltungsausschusses 3 Prozent gezahlt werden, so ist dieses einfach, verständlich. Dieser Zustand kann nur dadurch entstanden sein, weil weite Kreise, insbesondere die Landwirtschaft, wenig oder garnichts zu diesen Lasten der Erwerbslosenfürsorge. Es kann zugegeben werden, daß weitgehenden Gebrauch von der Bestimmung in der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge gemacht, wonach auf Antrag einzelne Erwerbszweige von der Beitragsaufbringung befreit werden können. Demnach tragen Industrie, Handel und Gewerbe die ganzen Lasten der Erwerbslosenfürsorge. Es kann zugegeben werden, daß es der Landwirtschaft gegenwärtig nicht rosig geht; da muß aber auch bemerkt werden, daß dieses ein großer Teil eigener Schuld ist. Während des Krieges und während der Inflationszeit hatte die Landwirtschaft den Brotkorb in der Hand und sie hat von diesem Uebergewicht über die hungernde Bevölkerung einen in ihrem eigenen Interesse liegenden Gebrauch gemacht. Heute geht es nicht nur der Landwirtschaft, sondern allen Erwerbszweigen sehr schlecht und da ist es ungerechtfertigt, daß dieser Teil der Wirtschaft, die in den schwersten Jahren, die das deutsche Volk durchmachen mußte, verhältnismäßig gut standen, heute von diesen Lasten zum großen Teil verschont ist.

Wie Kohle durch andere Brennstoffe verdrängt wird.

Die Abwärtskrise auf dem Weltkohlenmarkt — und über sie klagt man in England und in den übrigen Kohlenproduzierenden Ländern nicht minder beweglich als in Deutschland — hat zwei Hauptgründe: einmal die eingeschränkte Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes für Kohle (denn da der Weltmarkt und die Weltproduktion sich gegenüber der Vorkriegszeit stark vermindert haben, ist auch der Kohlenbedarf geringer geworden); dann aber auch die Tatsache, daß Kohle als Betriebsstoff für Schiffsfahrts- und manche andere industrielle Zwecke in steigendem Maße durch Del- und Wasserkraft verdrängt wird. Ein Beispiel aus der Schiffsahrt: vor dem Kriege wurden bei einer Welttonnage von 45,5 Millionen R.-T. nur 1,25 Millionen R.-T. mit Del betrieben, während heute von 61,5 Millionen R.-T. weit über ein Viertel auf Schiffe mit Delfeuererzeugung entfällt. Ein Vergleich der Gewinnung von Steinkohle in der Welt mit der Gewinnung von Erdöl veranschaulicht diese Entwicklung:

Im Jahre 1913 betrug die Steinkohlegewinnung der ganzen Welt 1,21 Milliarden To. gleich 100 Prozent. Im Jahre 1921 0,97 Milliarden To. gleich 79 Prozent. 1924 betrug sie 1,17 Milliarden To. gleich 96 Prozent.

Die Erdölgewinnung stieg wie folgt:

1913 betrug sie 52,9 Millionen To. gleich 100 Prozent, 1921 betrug sie 107,5 Millionen To. gleich 203 Prozent, 1924 stieg sie auf 140,8 Millionen To. gleich 266 Prozent.

Wie die Vergleiche der Weltproduktion von 1913 mit 1924 zeigt, hat sich die Erdölgewinnung fast verdreifacht, während die Kohlegewinnung in der Welt nicht ganz den Stand von 1913 wieder erreicht hat. Ohne weiteres ist klar, daß es sich hier nicht um ein episodenhafte Zwischenspiel handelt, sondern daß eine von Grund auf veränderte Lage in der Struktur und im Bedarf des Weltmarktes vorliegt, der sich die Weltkohlenwirtschaft qualitativ und quantitativ anzupassen haben wird. Zwar versucht man gegenwärtig auf chemischem Wege durch Verflüssigung der Steinkohle verbilligte und erleichterte Verwendungsmöglichkeiten für dieses Produkt zu schaffen; aber aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Lage in der Kohlenwirtschaft noch auf lange Sicht kritisch bleiben, zumal auch die Ausnutzung der Wasserkräfte Fortschritte macht und auch von dieser Seite her die Verwendung der Kohle als Heizstoff in steigendem Maße entbehrlich gemacht wird.

Der Stand der Reichsfinanzen.

Um ein zutreffendes Bild von der Finanzlage des Reiches geben zu können, wie sie sich auf Grund der Entwicklung der letzten Monate gestaltet hat, hat die Reichsregierung (neben dem Reichstag eine Denkschrift vorgelegt, die wichtige Aufschlüsse über die voraussichtliche Entwicklung im laufenden und folgenden Etatsjahr gibt, und die davon ausgeht, daß die bisherigen Steuereingänge im Verhältnis zur Ausgabewirtschaft den Einwand einer Ueberlastungswirtschaft nicht rechtfertigen. Der Heimatdienst bringt einen Auszug aus dieser Denkschrift. Danach hat das Rechnungsjahr 1924 mit einem Reinerüberschuß von 496,4 Millionen Reichsmark abgeschlossen. Auf Grund der Erfahrungen der verfloßenen Monate sind das vermutliche Steueraufkommen für das Rechnungsjahr 1925 und im Zusammenhang damit die Ueberweisungen an die Länder und Gemeinden neu geschätzt worden. Nach dieser Schätzung beträgt das Gesamtaufkommen aus Steuern und Abgaben 6770,5 Millionen Reichsmark gegenüber der bisherigen Schätzung von 6343,8 Millionen

Reichsmark, also 426,7 Millionen Reichsmark mehr. Hieron entfallen auf Mehrüberweisungen an Länder und Gemeinden 323,3 Millionen, so daß das Netto-Mehraufkommen für das Reich 103,4 Millionen Reichsmark beträgt.

Im endgültigen Ergebnis wird der Etat 1925 voraussichtlich in Einnahme 7686 Millionen Reichsmark und in Ausgabe 7796 Mill. Reichsmark, also einen Fehlbetrag von 110 Millionen Reichsmark aufweisen. Der Etat für 1925 wird also nur unter großen Schwierigkeiten ausgeglichen werden können, die dadurch nicht behoben werden, daß die Kassenlage des Reiches augenblicklich verhältnismäßig günstig ist und bis zum Frühjahr 1926 hinein auch bleiben wird. Für den Stand der Kasse ist maßgebend, daß das Jahr 1925 in der ersten Hälfte stärkere Einnahmen an Steuern gebracht hat als die zweite Hälfte bringen wird, während die Ausgaben in der zweiten Hälfte stark zunehmen (z. B. die Reparationslasten für das am 1. September 1925 begonnene 2. Reparationsjahr, die Erhöhung der Beiträge der Kriegsschädigten, die Bezahlung der einmaligen Aufwertungsansprüche usw.). Für 1926 ist mit einem Gesamteinkommen von 6940 Millionen Reichsmark gerechnet worden, also mit 170 Millionen Reichsmark mehr, als auf Grund der neuesten Schätzung für das Jahr 1925 vorgeesehen ist. Es ist fraglich, ob angesichts der ungünstigen Wirtschaftslage dieses Mehraufkommens eingehen wird. Da im Rechnungsjahr 1926 die Reparationszahlungen rund 300 Millionen Reichsmark mehr betragen als im Jahre 1925, hat sich ein Ausgleich des Haushalts 1926 nur dadurch herbeiführen lassen, daß die übrigen Ausgaben auf das Notwendigste beschränkt und gegenüber 1925 gesenkt worden sind, und daß aus den Ueberschüssen des Jahres 1924 220 Millionen Reichsmark zusätzlich schwieriger gestalten, wenn die Reparationslasten auf Grund des Londoner Abkommens weiter steigen. Eine wesentliche Herabsetzung der Ausgaben des Reiches wird kaum möglich sein, insbesondere wenn man bedenkt, daß der eigentliche Etatbedarf (nach dem Voranschlag für 1926) gegenüber den Zahlen von 1913 um rund 1520 Millionen höher ist.

Aus den Ortsvereinen.

Breslau. Um das Zusammengehörigkeitsgefühl nicht nur unserer Kollegen, sondern auch das ihrer Angehörigen, besonders aber der Frauen zu pflegen, war beschlossen worden, am 12. Dezember einen Familienabend mit Ehrung von Jubilaren und einer Weihnachtsfeier im Anschluß an die jährliche Mitgliederversammlung anzusetzen. Die Veranstaltung fand im Kaufmannsheim statt. Wie erwünscht dieselbe war und welchen Anklang diese fand, zeigte ihr Besuch. Tische und Stühle aus den anschließenden Räumen mußten zusammengetragen werden, um den Ankommen einen Platz zu sichern. Eng aneinandergereiht ging die Veranstaltung von hinnen. Nach beendeter Versammlung, welche in Behinderung des 1. Vorsitzenden von einem Stellvertreter geleitet wurde, erhielt der Bezirksleiter, Kollege Wolff aus Liegnitz, das Wort zur Ehrung der Jubilare. Zwei Kollegen feierten ihre 27-jährige, einer seine 25-jährige Mitgliedschaft. Es waren dies: Karl Mißfeldt, Wilhelm Berndt und Max Schulz. Kollege Wolff wies in seinen Ausführungen darauf hin, welchen Plagen in früherer Zeit organisierte Arbeiter ausgesetzt waren. Viele von ihnen setzten ihre Existenz aufs Spiel. Verpöht und geächtet wurden sie von den Arbeitgebern und als lästiges Uebel leider von vielen Arbeitern angesehen, die der Auffassung waren, daß die göttliche Vorsehung den Arbeiter als ein untergeordnetes Glied in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft geschaffen habe. Alle, welche die Arbeiterbewegung ernst und als Erfordernis der jetzigen Zeit ansehen, mußten dankbar allen jenen Kollegen sein, die trotz aller Drangsale der Organisation die Treue gehalten haben. Er wünschte den Kollegen noch mindestens für weitere 25 Jahre den alten Mut zu behalten. Waren sie den anderen Kollegen ein leuchtendes Vorbild, so sollen sie es auch für die Zukunft sein und bleiben. Nachdem die Anwesenden persönlich den Jubilaren noch ihre Glückwünsche ausgesprochen hatten, hielt Kollege Wolff eine der Weihnachtsfeier angepaßte Ansprache an die Kinder und Eltern. Die Kinder wurden mit einigen Kleinigkeiten bedacht. Unter gesanglichen und musikalischen Beiträgen, welche bereits bei der Ehrung der Jubilare angelehrt hatten, blieben die Anwesenden noch lange zusammen. Die Veranstaltung hat auf alle Anwesenden einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Viele brühten über das schöne Gelingen und den erhebenden Verlauf, welcher aus Ansprachen und Aneinanderreihung der Darbietungen sich zeigte ihre von Herzen kommende Befriedigung aus. Mögen die Nachwirkungen derart eindrucksvoll bleiben, daß alle Anwesenden als Anerkennung für ein weiteres Blühen, Wachsen und Gedeihen unseres Ortsvereins Sorge tragen mögen.

Kurt Gleisenberg

Bekanntmachung.

Dieser Nummer der „Eise“ liegt für jeden Ortsverein ein Inbegriffsverzeichnisformular bei. Die Vorstände werden ersucht, die ausgefüllten Formulare bis zum 10. Januar 1926 an das Hauptbüro zurückzugeben.

Der Hauptvorstand.

Briefkasten.

394

H. B. in Berlin. Die Bestrebungen der Bodenreformer sind durch die Gewerkschaften immer unterstützt worden, weil diese Tätigkeit auch im Interesse der Arbeiterchaft liegt. In der Vorkriegszeit wurde mit dem Grund und Boden ein ungeheurer Verkehr getrieben und hätten wir nicht den Mieterschutz, dann wäre es heute ebenso. Der Führer der Bodenreformer, Adolf Damahle, hat in seinem Dankschreiben auf den Glückwunsch zu seinem Geburtstag durch den Verband der Deutschen Gewerkschaften u. a. Folgendes geantwortet:

„Ich denke an die Zeit von 1888, als ich meinen ersten öffentlichen Vortrag begann; er war in einem Gewerkschaftsverein der Tischler in Berlin.“

Daraus ist zu schließen, daß selbst zu damaliger Zeit in unserem Gewerkschaften ein großes Interesse für diese Sache vorhanden war.

M. Schomaker

Kaiserslautern.

Der Ortsverein der Holzarbeiter Kaiserslautern hält seine statutenmäßige

General-Versammlung

am 3. Januar 1926, im Vereinslokal, Gaustraße 8, nachmittags 3 Uhr, Uhr ab

Jeder Kollege muß aber bestimmt und pünktlich dazu erscheinen.

Tages-Ordnung:

1. Vollständiger Jahresbericht 1925.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Groß-Berlin.

Am Sonntag, den 3. Januar 1926, nachmittags 4 Uhr findet im Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23 ein

heiterer Abend mit Tanz

Katt.

Eintritt einschließlich Steuer und Tanz 0,60 Mark im Vorverkauf. An der Kasse 1 Mark.

Erstklassige Kräfte.

Programme in allen Ortsvereinen.

Der Vorstand.

Alfred Lange, Soziale Kommission.



Einheitliche Vereins-Abzeichen!

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pf. und werden dieselben auf Wunsch durch das Hauptbüro sofort den Vereinen zugestellt.

Um den vielfachen Anfragen zu begegnen biete ich hiermit an:

Sportschlitten-Rufen

Gehr, gebogen, prima Ware

80	100	120	140	160	Zentimeter Holzlänge
1,20	2,—	2,50	2,90	3,30	RM.

ab Lager gegen Nachnahme

M. Walther, Dresden, Reifelder Straße 53.

Verantwortlich für die Redaktion: H. Barnhoff, Ulm a. D., Karlsstraße 47. Telefon Nr. 1442. Druck von Gustav Jagen, Trebbin.